



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/193 - 23.8.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

## Hinweise auf den Inhalt:

Westberlin - wirtschaftlich gesehen	S. 1
Belgische und portugiesische Kolonialpolitik auf einer Linie - Bericht aus Brüssel -	S. 3
Die Meinung des Hauptmann a.D. Karst	S. 4
DP-Offenheiten aus Hamburg	S. 6

### Aufstieg in Westberlin

G.Z., Berlin

Die wirtschaftliche Entwicklung in Westberlin hat die noch vor einigen Monaten von den zuständigen Stellen der Bundesregierung erhobenen Bedenken gegen den vom Berliner Senat ausgearbeiteten langfristigen Wiederaufbauplan ad absurdum geführt. Die westdeutschen Farnungen vor weiteren Investitionen in Berlin haben sich als verfehlt erwiesen. Die nach Ablauf der ersten sieben Monate 1954 zu ziehende wirtschaftliche Bilanz zeigt trotz der prekären Lage dieser Insel der Freiheit eine Aufstiegtendenz, die, politisch gesehen, auch auf die Bevölkerung der Zone ausstrahlen muss. Die Bedeutung Berlins für den gesamtdeutschen Zusammenhalt ist auf wirtschaftlichem Gebiet niemals deutlicher in Erscheinung getreten, als gerade in diesen Tagen.

Dafür zeugen einige Fakten, die auch westdeutschen Skeptikern den Wind aus den Segeln nehmen müßten. Im Juli ist die Zahl der westberliner Arbeitslosen um rund 15 000 auf 125 163 gesunken. Die Arbeitslosenzahl liegt damit um 50 000 niedriger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Und dies trotz des ständigen Zustromes an Flüchtlingen und jener keineswegs kleiner Zahl von Berliner Arbeitern und Angestellten, die wegen ihres westberliner Wohnsitzes aus ihren ostberliner Betrieben fristlos entlassen worden sind.

Der bereits von dem sozialdemokratischen Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter in Angriff genommene langfristige Plan der Hebung der westberliner Produktion und der Beseitigung des Arbeitslosenheeres, das damals noch 275 000 bis 300 000 betrug, hat sein Ziel erreicht, ja sogar noch übertroffen. Während in diesem Plan eine Reduzierung der Arbeitslosen auf 150 000 vorgesehen war, ist dieses Ziel mit der Ende Juli zu verzeichnenden Arbeitslosenzahl von rund 125 000 sogar übertroffen worden. Die Arbeitslosenquote ist damit von etwa 30 % auf 13 % gesunken.

Die neugeschaffenen Arbeitsplätze sind nicht nur der Bauwirtschaft, sondern auch der in Berlin heimischen Metall- und Elektroindustrie zugute gekommen. Vor allem aber der Bekleidungsindustrie, die nach 1945 ihren einst in Deutschland herrschenden Einfluss ganz verloren

hatte, heute aber wieder im Kommen ist.

Wie stark die wirtschaftliche Belebung in Westberlin ist, geht auch daraus hervor, dass die westberliner Realkreditinstitute im ersten Halbjahr 1955 rund 77 Mill. DM Festverzinsliche aufgelegt haben, fast soviel wie im ganzen Jahr 1954 zusammen genommen. Ein kaum weniger untrügliches Zeichen für die wirtschaftliche Gesundung Westberlins und das steigende Vertrauen der Bevölkerung ist die Tatsache, dass sich bei der westberliner Sparkasse im Juli die Einlagen um 14,6 Millionen erhöhten und somit rund 256 Mill. DM betragen.

Der wirtschaftliche Aufstieg Westberlins muss im Zusammenhang mit dem im Frühjahr vom Berliner Senat ausgearbeiteten Vierjahresplan gesehen werden, der sich die Schaffung von 100 000 weiteren Arbeitsplätzen bei einer Investition von 5 Milliarden DM zum Ziele gesetzt hat. Die gegen diese hohe Investitionssumme seinerzeit in Bonn vorgebrachten Bedenken haben durch die jetzt erreichte drastische Senkung der Arbeitslosenzahl ihre Überzeugungskraft verloren. Es hat sich gezeigt, dass der größte Prozentsatz der westberliner Arbeitslosen voll einsatzfähig sind. Die weitere ständige Zuwanderung von Einwohnern der Sowjetzone, unter denen sich hoch qualifizierte Facharbeiter befinden, machen jeden Kräfterangel für einen weiteren Ausbau der westberliner Industrie illusorisch. Westberlin hat freilich auch gegenüber der Bundesrepublik, in der der Prozentsatz der Arbeitslosen 3,5 % beträgt, mit seinen gegenwärtig 13 % noch immer viel aufzuholen.

Das internationale Vertrauen zu Westberlin ist gerade in diesen Tagen erneut zum Ausdruck gekommen: Der Plan des Baues des Hilton-Hotels, das mit 20 Mill. DM veranschlagt ist und mit amerikanischen Geldern errichtet wird, ist jetzt perfekt. Ein weiteres Bauobjekt, das einer zentralen Kongresshalle für Westberlin, wird ebenfalls mit amerikanischen Geldern finanziert. Schließlich sind von den USA noch 25 Mill. DM zum Bau eines geschlossenen Wohnblocks in Westberlin zur Verfügung gestellt worden.

Leider kon trastieren mit solchen großzügigen Verfahren immer wieder Erscheinungen einer schwer begreiflichen ängstlichen Kleinlichkeit mancher westdeutschen Zentralstellen. Kürzlich tat das Bundesverkehrsministerium seine Absicht kund, durch Auflösung der in Westberlin befindlichen Radiosendestation 100 000,- DM jährlich einzusparen. Westberlin könne sich ja, so wurde von Bonn bemerkt, der meteorologischen Beobachtungen und Messungen der sowjetischen Station Lindenberg bedienen, um die für die Sicherung des Flugverkehrs nach dem Westen notwendigen Daten zu erhalten. In den Kreisen der westberliner Freien Universität wurde dieser neue Bonner Plan scharf kritisiert.

Europäisches Kolonialbündnis in Afrika

Brüssel

Fast unbemerkt von der Weltpresse sind zwei hochpolitische Reisen belgischer Staatsmänner verlaufen, die eigentlich schon wegen der politisch entgegengesetzten Pole, die sich damit berührten, Aufsehen erregen müßten. Die führenden Persönlichkeiten des belgischen sozialistisch-liberalen Kabinetts haben den portugiesischen Diktator Salazar zu längeren Unterhaltungen besucht. Zuerst hielt sich Außenminister Spaak in Lissabon auf. Nachdem er in Brüssel Bericht erstattet hatte, stattete Premierminister von Acker selbst Salazar einen Besuch ab.

Das Hauptthema dürfte bei diesem Besuch die Kolonialpolitik gewesen sein. Der belgische Kongo und die westafrikanische Kolonie Portugale, Angola, bilden in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ein sich in vielem ergänzendes Riesengebiet. In den Kolonialdebatten der Vereinten Nationen und ihrer Zweigorgane haben immer wieder in den letzten Jahren Portugal und Belgien in Bezug auf Angola und den Kongo einander sekundiert, wenn es galt, den Tendenzen entgegen zu treten, die Aufschliessung und Entwicklung des schwarzen Afrikas südlich der Sahara, dessen Zentrum gewissermassen Angola und der Kongo bilden, international zu lenken und zu kontrollieren.

Wirtschaftlich sind Pläne über eine gemeinsame Elektrizierungspolitik z.T. schon verwirklicht - Wasserkraftelektrizität des südlichen Kongo wird in Angola benutzt - z.T. in Vorbereitung. Sozial gesehen verfolgen beide Kolonialverwaltungen die patriarchalische Linie einer Entwicklung der riesigen schwarzen Bevölkerung, unter schrittweisem Abbau der Rassenschranken, jedoch unter absoluter Ablehnung jeder politischen Mündigkeit der Schwarzen. Auch militärisch war es noch unter der christlichsozialen Regierung Belgiens zu wiederholten Begegnungen und zu gewissen Vereinbarungen der leitenden portugiesischen und belgischen Militärs in Angola und im Kongo gekommen.

War die gemeinsame Linie portugiesischer und belgischer Kolonialpolitik ohne weiteres verständlich, solange in Lissabon wie in Brüssel die Staatsführung in ausgeprochen katholischen Händen lag, so lag wohl dem portugiesischen katholischen Diktator daran, sich zu vergewissern, ob die neue sozialistisch-liberale Regierung in Brüssel den alten

kolonialen Kurs beibehalten werde. Offensichtlich sind ihm in dieser Beziehung günstige Zusagen gemacht worden. Es ist sicher kein Zufall, dass der Zusammenschluss der am meisten am Kongo-Angolageschäft interessierten belgischen Industrie, "Fabrimetall", wenige Tage nach den Besuchen der belgischen Minister in Lissabon vermelden konnte, dass der Haupthafen Angolas, Matadi, zum Freihafen erklärt worden wird. "Fabrimetall" weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die belgische Industrie sehr stark an der Ausbeute der Petroleumvorkommen in Angola interessiert sei. Man kann hinzufügen, dass Matadi auch der gegebene Hafen für die Belieferung des südlichen Kongo ist und dass belgische Geologen vermuten, die Uranlager des Kongos gingen bis nach Angola hinüber.

Stellt man zusammen, dass unter der Regierung Salazar in Angola schwarze Truppenteile aufgestellt wurden, die dem portugiesischen Heer eingegliedert worden sind und dass am diesmaligen Nationalfeiertag Belgiens zum ersten Male eine schwarze Truppenabteilung des Kongos aufs modernste bis zu Maschinenpistolen bewaffnet, teilnahm, so zeigt auch dies die Parallellität in der kolonialen Einstellung dieser beiden europäischen Kleinstaaten, aber Kolonialgroßmächte. Man ist in Brüssel ebenso bereit wie in Lissabon, den Kolonialbesitz mit Klauen und Zähnen zu verteidigen - so sehr man in Mutterlande innenpolitisch verschiedene Wege gehen mag.

\* \* \*

#### Ein freimütiges Dokument

ep - Ein Dokument hat die Sicherkeitsringe des Verteidigungsministeriums durchstoßen und den Weg ins Freie gefunden. Hauptmann a.D. Karst, vertretungsweise für den z.Zt. in Amerika weilenden Grafen Baudissin Leiter der Abteilung Innere Führung, bringt über 6 Seiten seine Bedenken über die innerpolitische Entwicklung beim Aufbau der Streitkräfte zum Ausdruck.

Jeder, den der temperamentvoller Hauptmann a.D. kennt, weiß, dass er weder Nazi noch Reaktionär ist, sondern seit Jahren an einer modernen Reform des Wehrwesens zusammen mit allen aufgeschlossenen Kreisen arbeitet. Er empfand es deswegen als besonders verletzend, seinen

redlichen Bemühungen zum Trotz in den Kreis des allgemeinen Mißtrauens gegen die Berufssoldaten mit einbezogen zu werden, nicht zuletzt zur hämischen Freude der Reaktionen aller Schattierungen, die den Reformern dieses Schicksal seit eh und je vorausgesagt hatten.

Aus dieser Stimmung des Verkanntseins ist das anklagende Dokument entstanden. Zuweilen schießt es über das Ziel hinaus, so wenn Karst sich auf die USA-Besuche der Bundestagsabgeordneten bezieht und sie beziehtigt, dass sie dort nur festzustellen suchten, wie und mit welchen Mitteln man am besten und schärfsten die Truppen kontrolliert, anstatt sich nach Wegen und Methoden umzusehen, wie man eine moderne, schlagkräftige Armee heranbildet oder wenn er gar verstoßen Anspielungen macht, dass gewisse Kreise des Bundestages so argumentierten, wie die Drahtzieher des Kalten Krieges es wünschen.

Aber zweifellos hat er recht, wenn er schreibt: "Die Reaktion auf die frühere Überbewertung des Soldaten kann nicht nunmehr Unterbewertung, sondern massvolle und faire Einordnung in den staatlichen Organismus sein." Oder: "Eine Truppe aber, deren Führungskorps sich als Paria im Staate fühlt, schlägt sich nicht", das dauernde Gerede von 'Militarismus' und von den 'gefährlichen Soldaten' ist der sicherste Weg Militarismus herbeizuführen und damit die Demokratie zu gefährden." Wenn er schliesslich schreibt: "Nicht Mißtrauen ist, wie Bebel... einmal betonte, die erste Tugend des Staatsbürgers, sondern wachsames Vertrauen."

Das Ministerium und die Öffentlichkeit sollten zufrieden sein, da dieses Dokument den Aktenstapeln entrispen und wenigstens teilweise der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Und die Parlamentarier sollten über gewisse Entgleisungen hinweggehen und froh sein, dass hier einmal ein junger Demokrat sein Herz ausgeschüttet hat über das noch nicht gelöste Verhältnis der Streitkräfte zur Demokratie und von Militär zu Zivil.

Darüber wird es auch viel Kopfzerbrechen und manche heftige Diskussion geben. Mit schablonisierten Denken und einseitig vorgefassten Meinungen wird man aber kaum weiterkommen, vielmehr nur mit ernsthaftem Bemühen um einen Ausgleich der Meinungsunterschiede, der der Sache dient, um die es geht.

\* \* \*

Koalitionsgenossen unter sich

DP über sich und die anderen

Rt, Hamburg

Der Landesverband Hamburg der DP gibt ein Monatsblatt heraus, das sich "Hamburg-Deutschland - Europa" nennt, in dem manches freier von der Leber weg geschrieben wird, als in den Bonner Verlautbarungen der Partei. In der Augustnummer setzt sich die Redaktion mit der Feststellung Ernst Friedländers auseinander, dass die DP mit dem BHE auf der "Aussterbeliste" stehe, sie sei heute schon nur noch ein "Anhängsel der CDU". Das hat offensichtlich verschupft. Die Redaktion trifft ihrerseits Feststellungen, die wir mit Vergnügen zur Kenntnis nehmen.

Dies sind ihre Beweise für die Eigenständigkeit der DP: "Die DP hat in konsequenter Einheitlichkeit, unbeirrt und ohne Schwankungen, die Außenpolitik des Bundeskanzlers bejaht und unterstützt. Sie hat sich dabei nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen, ohne durch billige Scheinopposition nach dem Rezept Dr. Dehlers und anderer FDP- und BHE-Politiker fragwürdige Augenblickserfolge zu erstreben." Ferner heißt es, dass allein die DP von Anfang an wehrfreudig gewesen sei. In Grundsatzfragen, wie z.B. in bezug auf den Personalauswahlausschuß, sei die DP immer ihren eigenen Weg gegangen. Sie habe sich damit als Nicht-Anhängsel legitimiert. Weiter heißt es dann in der Selbstcharakterisierung der DP: "Gerade die Entwicklung der DP von der niedersächsischen Landespartei zur krisenfesten Bundespartei dürfte dafür zeugen, dass sie von einer Konzeption getragen wird, die zwangsläufig die Grenzen einer lokalbedingten Landespartei sprengen mußte, weil das von ihr vertretene Gedankengut die Kräfte nationalkonservativer Erneuerung im ganzen deutschen Volk anzusprechen vermocht hat."

Dem Koalitionsbruder BHE wird bescheinigt, er sei immer schon ein "totgeborenes Kind" gewesen. Nicht nur sei er mit Recht auf die "Aussterbeliste" gesetzt worden, er liege bereits in "letzter Agonie".

Der FDP gilt die schlichte Feststellung, dass sie aus eigener Schuld mit dem Fall Schlüter eine schwere Hypothek auf sich genommen habe. "Man kann eben auf die Dauer nicht zwischen unvereinbaren Rechts- und Linkstendenzen hin und her lavieren."

Schließlich bekommt auch die CDU etwas ab: "In der CDU werden die inneren Gegensätze durch das konfessionelle Band nur locker zusammengehalten, obwohl schon auf dieser Ebene die protestantische Gruppe sich nur schwer gegen den Druck der katholischen Aktion und des politischen Klerikalismus zur Wehr setzen kann."

Für Bonner Leser dürften diese freimütigen Bemerkungen nicht gerade geschrieben worden sein. Aber was sollen selbst die Leser dieses DP-Blättchens über die konsequente Haltung ihrer Partei denken, die mit einem "totgeborenen Kinde", mit einer Partei der billigen Scheinopposition und mit einer weiteren Partei, in der katholische Aktion und politischer Klerikalismus einen intoleranten Druck ausüben, eng verbündet ist und aus den gemeinsamen Spendentöpfen lebt?

Verantwortlich: Peter Maunau